



**BESSER SPAREN**

**INITIATIVE** >  
Neue Soziale Marktwirtschaft



**Verführerischer Kompromiss**  
 Ein großer Wurf – kleinlaut begraben  
 Den Gesundheitspolitikern bleibt nichts anderes übrig, als ständig an den Finanzen herumzudoktern

**Von Nina von Herderberg**  
 Gläubt man dem Brecklau-Leser, dass er eine Kopie von...  
 ...



**Ein großer Wurf – kleinlaut begraben**  
 Den Gesundheitspolitikern bleibt nichts anderes übrig, als ständig an den Finanzen herumzudoktern

**Von Nina von Herderberg**  
 Gläubt man dem Brecklau-Leser, dass er eine Kopie von...  
 ...

**Der griechischen Stil**  
 ...

**Ein weltweites Polen**  
 Die polnische Zeitung Gazeta Wyborcza...  
 ...

**Einstrimmer Karwanenführer**  
 Die Fahrer Zeitung Le Monde...  
 ...

**Demokratie statt Freiheit**  
 Die Zeitung Die Welt...  
 ...

**Süddeutsche Zeitung**  
 ...

**Die richtige Tun: Besser sparen.**  
 ...

# Herzlichen Glückwunsch zum größten Sparpaket aller Zeiten!

**Das Richtige tun: Besser sparen.**

» Liebe Abgeordnete, mit dem Sparpaket ist der Anfang gemacht. Nur historisch bedeutsam ist es noch nicht: 2011 kürzen Sie die Ausgaben lediglich um zwei Prozent. Und für 50 Milliarden Euro mit soliden Finanzen. Die Politik muss daher besser sparen. Das heißt: überflüssige Ausgaben streichen, Bürokratie abbauen, die Sozialsysteme trefflicher gestalten und keine neuen Schulden mehr machen. Mehr unter [www.DasRichtigeTun.de](http://www.DasRichtigeTun.de)

**INITIATIVE**  
 Neue Soziale Marktwirtschaft

[DasRichtigeTun.de/Sparen](http://DasRichtigeTun.de/Sparen)



## ► SOLIDE STAATSFINANZEN: ERSTE ETAPPE MIT SPARPAKET ERREICHT – ABER NOCH NICHT AM ZIEL

„Wer seinen Haushalt im Griff hat, verdient Respekt.“ Das gilt nicht nur für die schwäbische Hausfrau, sondern auch für den Staat. Seit Jahrzehnten geben Bund, Länder und Gemeinden regelmäßig mehr Geld aus, als über Steuern und Abgaben zur Verfügung stehen. Folge: Die Verschuldung steigt unablässig.

*„Wer seinen Haushalt im Griff hat, verdient Respekt.“ Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft hat mit dieser Anzeigenkampagne im Juni dieses Jahres dafür geworben, mit der Konsolidierung möglichst frühzeitig und kraftvoll zu beginnen.“*

Hubertus Pellengahr

Bereits vor der Finanzkrise erreichte die gesamte Staatsverschuldung den Höchststand von 1,5 Billionen Euro. Mit den Rettungsschirmen für Banken und den Euro sowie mit den Kosten für die Konjunkturpakete werden die Schulden bis Ende des Jahres 2010 etwa 1,8 Billionen Euro erreichen – mit diesem Geld könnte sich jeder Deutsche ein Auto im Wert von mehr als 20.000 Euro anschaffen. Gemessen an der gesamten wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes (Bruttoinlandsprodukt)

erreicht unsere Staatsverschuldung nun fast 80 Prozent – laut dem Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt dürfte die Quote von 60 Prozent aber nicht überschritten werden. Dafür gibt es gute Gründe:

► Zu hohe Verschuldung schränkt die Handlungsfähigkeit des Staates und der Politik enorm ein. In diesem Jahr müssen Bund, Länder und Gemeinden 61 Milliarden Euro Zinsen zahlen. Dieses Geld muss sich der Staat über Steuern oder – noch schlimmer – über neue Schulden beschaffen. So fehlt es an anderer Stelle – für produktive Investitionen in Bildung, Integration und Infrastruktur.

► Zu hohe Staatsverschuldung belastet zukünftige Generationen. Denn auch die Steuerzahler der Zukunft müssen die Zinslast tragen und die Schulden zurückbezahlen. Schulden von heute bedeuten immer Steuern von morgen.

► Zu hohe Staatsverschuldung hemmt die wirtschaftliche Dynamik eines Landes, bremst Wachstum und kostet Arbeitsplätze. Denn durch die hohe Kreditnachfrage des Staates steigen die Zinsen – auch für die privaten Unternehmen.

## Wer seinen Haushalt im Griff hat, verdient Respekt.



### Das Richtige tun: Besser sparen.

► Wie führt man einen Haushalt auch durch schwierige Zeiten? Wie stellt man sicher, dass alle das bekommen, was sie wirklich brauchen? Wie passt man die laufenden Ausgaben an knappe Einnahmen an – ohne in die Schuldenfalle zu tappen? Wie schafft man dabei auch noch Spielräume für die Ausbildung der Kinder? Die Lösung lautet: mit dem auskommen, was man hat. Eine Hausfrau weiß das. Und deshalb kann die Politik viel von ihr lernen.

Verantwortliche Haushaltsführung, das gilt im privaten Leben wie in der Politik, braucht vor allem auch die Fähigkeit zum Neinsagen. Wer denen folgt, die immer nur fordern, hat schon verloren. Wer aber besonnen abwägt, was er sich leisten kann und was nicht, zu seinem Entschluss steht und ihn auch gegen Widerstände verteidigt, der verdient Anerkennung und Unterstützung. Die Bundesregierung ist auf dem richtigen Weg: Nach Zeiten stark steigender Staatsausgaben hat sie erste richtige Sparbeschlüsse gefasst. Das musste den Aufschrei derer auslösen, die jetzt auf Privilegien verzichten müssen. Aber die Alternative wären noch mehr Schulden, noch höhere Steuern und Abgaben und noch mehr Bürokratie und teure Verwaltung. Also neue Lasten für alle – heute wie morgen. Das würde das Fundament unserer Sozialen Marktwirtschaft untergraben: einen gesunden Staat und eine leistungsfähige Wirtschaft.

In praktisch jedem Haushalt finden sich Möglichkeiten zum Sparen, ohne dass die notwendigen Aufgaben leiden. So auch beim Bund: Durch den Abbau von überflüssigen Subventionen und Bürokratie sowie durch effizientere Sozialsysteme kann noch viel Geld erwirtschaftet werden. Sparen ist im Interesse der großen Mehrheit. Wenn die Politik jetzt konsequent handelt und den Staat schlanker und gesünder macht, verdient sie unseren Respekt.

Weitere Informationen unter [www.DasRichtigeTun.de](http://www.DasRichtigeTun.de) sowie bei jeder guten Hausfrau.

INITIATIVE ►  
Neue Soziale Marktwirtschaft

[DasRichtigeTun.de/Sparen](http://DasRichtigeTun.de/Sparen)

„Jede Ausgabe des Staates beruht auf einem Verzicht des Volkes.“ Ludwig Erhard brachte mit diesem Satz zum Ausdruck: Keine Ausgabe des Staates ist kostenlos. Kein Euro fällt vom Himmel. Jeder Cent muss von den Bürgerinnen und Bürgern erwirtschaftet werden. Immer dann, wenn der Staat

aktiv wird und Kosten verursacht, müssen die Steuerzahler dies finanzieren und selbst auf ein Stück ihres Einkommens verzichten.

Deutschland ist noch immer ein Hochsteuerland: Mit 54 Prozent Grenzbelastung (Steuern und Sozialabgaben für einen ledigen Durchschnittsverdiener) müssen die Deutschen etwa acht Prozentpunkte mehr bezahlen als der Durchschnitt der OECD-Staaten. Auch deshalb muss der Staat seine eigenen Ausgaben verringern.

## JETZT WIRD GESPART: EIN ANFANG IST GEMACHT

In den Krisenjahren 2008 und 2009 schossen die Ausgaben des Bundes in die Höhe. Im ersten Jahr um fast vier, im zweiten sogar um über neun Prozent. Da nun die Wirtschaft wieder kräftig anzieht, spricht nichts dagegen, die Ausgaben zumindest wieder auf das Niveau von 2008 zu reduzieren. Die neue Schuldenregel des Grundgesetzes zwingt Bund und Länder sogar dazu, die strukturelle Neuverschuldung abzubauen: Bis spätestens 2016 muss der Bund seine Finanzen in den Griff bekommen. Aber ab 2011 muss er beginnen.

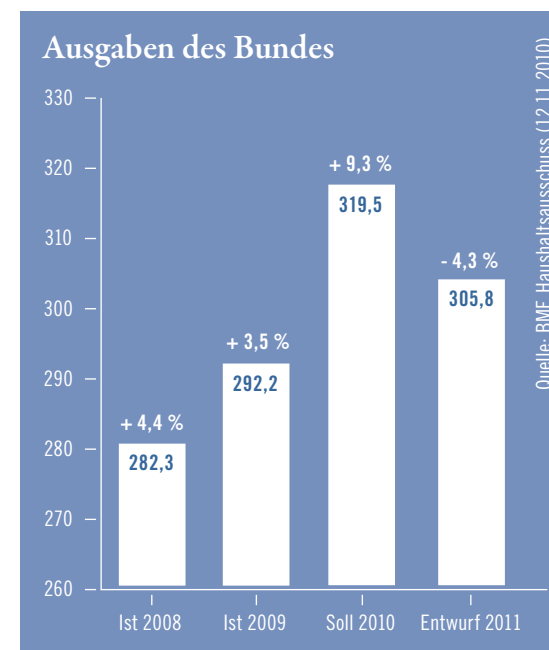
Mit dem Bundeshaushalt 2011 und dem Sparpaket ist ein erster Anfang gemacht. Im nächsten Jahr sollen die Ausgaben des Bundes nicht weiter steigen, sondern sinken. Das gab es in der Geschichte nur äußerst selten. In den vergangenen

Erschienen am 7. Juli 2010 in der FAZ und der Süddeutschen Zeitung.



„Die jetzige Situation macht eine glaubwürdige Haushaltskonsolidierung nicht nur erforderlich, sie macht sie alternativlos.“

Prof. Dr. Axel Weber



gaben-Jahr 2010 (plus 9,3 Prozent) sollen laut Haushaltsentwurf die Ausgaben um lediglich 4,3 Prozent wieder sinken (Stand: nach Abschluss der Beratungen im Haushaltsausschuss). Ein riesiges Sparpaket ist das noch nicht.

## KONSOLIDIERUNG NOCH LANGE NICHT AM ZIEL

Das Sparpaket von 80 Milliarden Euro klingt nur deshalb so gigantisch, weil alle Einsparungen der nächsten vier Jahre addiert wurden. Und zugleich dem Sparpaket eine Vielzahl von Steuererhöhungen zugerechnet wurden.

60 Jahren konnte sich der Staat hingegen fast immer über höhere Steuereinnahmen freuen – seine Ausgaben steigerte er in der Regel aber noch kräftiger.

Jeder Anfang ist schwer. Deshalb hat der eingeschlagene Konsolidierungskurs großen Respekt und Anerkennung verdient. Und dennoch: Mit dem Bundeshaushalt ist lediglich eine erste Etappe bewältigt. Gegenüber dem Rekord-Aus-



Ludwig Erhard:

# „Jede Ausgabe des Staates beruht auf einem Verzicht des Volkes.“

**Das Richtige tun: Besser sparen.**

»Damit unser Gemeinwesen funktioniert, brauchen wir einen gesunden Staat. Dazu muss er viele wichtige Aufgaben, Bildung, Soziales, Sicherheit und Infrastruktur, lösen. Und diese Aufgaben zu finanzieren, braucht er unsere Steuern. Jedes Euro, das der Staat ausgeben will, müssen die Bürger erarbeiten. Deshalb haben wir auch einen Anspruch darauf, dass die Gelder effizient eingesetzt und nicht für Überflüssiges oder Unnütziges verschwendet werden. Und für die Subventionen, Binnenzölle und kostspielige Wahlgänge.

Deutschland ist es jetzt an der Zeit, die Aufgaben des Staates zu überprüfen und unnötige Ausgaben zu streichen. Das erfordert Mut von der Politik. Wenn die Bundesregierung jetzt damit beginnt, werden sie unser aller Respekt. Es ist besser zu sparen, als dem Bürger immer tiefer in die Tasche zu greifen. Von gesunden Finanzleistungen profitieren alle durch mehr Gleichgewicht zwischen den Generationen, geringere Zinsen, mehr Spielraum für Investitionen in Bildung – und eine stabile Währung. Mehr unter [www.DasRichtigeTun.de](http://www.DasRichtigeTun.de)

INITIATIVE Neue Soziale Marktwirtschaft

[DasRichtigeTun.de/Sparen](http://DasRichtigeTun.de/Sparen)

Tatsächlich umfasst das Konsolidierungspaket im Jahr 2011 ein Volumen von gerade einmal zehn Milliarden Euro. Die Hälfte davon besteht aus höheren Steuereinnahmen.

Richtig gespart werden nur Ausgaben in Höhe von etwa fünf Milliarden Euro. Mit diesen Maßnahmen hat der Bund seinen Haushalt aber noch lange nicht im Griff:

➤ Im Jahr 2010 summieren sich voraussichtlich etwa 50 Milliarden Euro neue Schulden nur beim Bund. Trotz Sparpaket kommen im Jahr 2011 nochmals 48 Milliarden Euro an neuen Krediten dazu.

### Echte Einsparpotenziale wurden bisher nicht genutzt



Ausgabenentwicklung  
Kranken- und Pflegeversicherung



Subventionsabbau  
(bis zu 150 Mrd. Euro)



Bürokratieabbau



Bundesagentur für Arbeit



Prof. Dr. Michael Hüther

*„Der Staat muss Sinnvolles von Wünschbarem trennen, auf überflüssige Ausgaben verzichten und in allen Bereichen kosten bewusster und effizienter arbeiten.“*

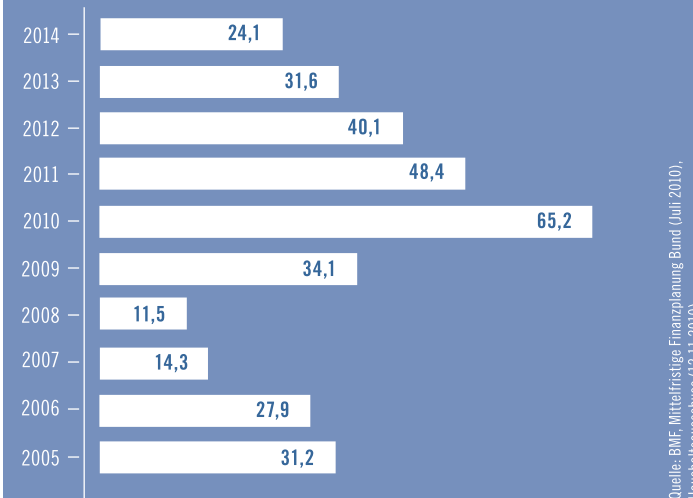
Diese Neuverschuldung soll dann zwar reduziert werden, aber selbst 2014 werden es wohl immer noch 24 Milliarden Euro sein. Die Bundesschulden werden also trotz Sparbemühungen weiter steigen.

➤ Mit dem Sparpaket ist die neue Schuldenregel des Grundgesetzes nur teilweise erfüllt. Bis 2016 müssen zusätzlich mindestens 15 Milliarden Euro eingespart werden – jährlich! Die Schuldenbremse verlangt also weiterhin ein hohes Maß an politischer Entschlossenheit.

➤ Das bisherige Konsolidierungsprogramm ist teilweise auf Sand gebaut: Ob die Zusatzeinnahmen durch die geplante Finanzmarktsteuer ab 2012 überhaupt realisiert werden können, bleibt unklar.

Und auch die sogenannte „globale Minderausgabe“ von 5,6 Milliarden Euro im Jahr 2014 ist bisher nur ein Platzhalter. Hierfür müssen konkrete Einsparungen erst noch beschlossen werden.

### Nettokreditaufnahme des Bundes (in Mrd. Euro)



Fest steht: Deutschland hat sich im Grundgesetz und in den europäischen Verträgen dazu verpflichtet, die öffentliche Verschuldung konsequent zu reduzieren. Mit dem Bundeshaushalt 2011 ist dazu ein Anfang gemacht. Angesichts der auch in den nächsten Jahren weiter steigenden Gesamtverschuldung wird die Politik aber weitere Anstrengungen unternehmen müssen. Besser sparen heißt: weniger Geld ausgeben, Bürokratie abbauen, Subventionen reduzieren und Sozialsysteme treffsicherer machen. Soziale Marktwirtschaft verlangt solide Finanzen und einen gesunden Staat.

*„Liebe Abgeordnete, seid sparsam mit meinem Geld!“ – das ist die Botschaft selbstbewusster Bürgerinnen und Bürger, die in einer aktuellen Anzeigenkampagne der INSM einer mutigen Haushaltspolitik Respekt und Anerkennung zollen.*



# „Jede Ausgabe des Staates beruht auf einem Verzicht des Volkes.“

Ludwig Erhard:



## Das Richtige tun: Besser sparen.

Dieses neue Sparprogramm... Das Richtige tun: Besser sparen. Die Initiative... www.DasRichtigeTun.de

INITIATIVE >  
Neue Soziale Marktwirtschaft

### Mein Beitrag zum Staatshaushalt. Warum noch mehr?



### Liebe Abgeordnete, was macht ihr mit meinem Geld?



### Das Richtige tun: Besser sparen.

## Das ist Ihnen durch die Staatsverschuldung im vergangenen Jahr entgangen.

(i. S. zwei Wochen Malheur, 1.000 Euro!)

### Das Richtige tun: Besser sparen.

INITIATIVE >

Das Richtige tun: Besser sparen.

# Wer seinen Haushalt im Griff hat, verdient Respekt.



## Das Richtige tun: Besser sparen.

Wir leben mit dem Haushalt... Das Richtige tun: Besser sparen. Die Initiative... www.DasRichtigeTun.de

INITIATIVE >  
Neue Soziale Marktwirtschaft

DasRichtigeTun.de/Sparen

### Und Schulden zahlen wir auch noch ab. Warum kann der Staat das nicht?



### Das Richtige tun: Besser sparen.

INITIATIVE >

DasRichtigeTun.de/Sparen

### Frankr Teil de

Frankr Teil de... Die Initiative... www.DasRichtigeTun.de

### Unsere Steuern soll der Staat sinnvoll verwenden.



### Das Richtige tun: Besser sparen.

Das Richtige tun: Besser sparen... Die Initiative... www.DasRichtigeTun.de

INITIATIVE >

### Dafür hab ich hart gearbeitet. Was macht der Staat damit?



### Das Richtige tun: Besser sparen.

INITIATIVE >

DasRichtigeTun.de/Sparen

### Liebe Abgeordnete, seid sparsam mit meinem Geld!



### Das Richtige tun: Besser sparen.

INITIATIVE >

DasRichtigeTun.de/Sparen

# DAS SPARPAKET DER BUNDESREGIERUNG



Gemäß grundgesetzlich geregelten Vorschriften („Schuldenbremse“) muss das strukturelle Defizit des Bundes ab 2011 Jahr für Jahr verringert werden. Die Bundesregierung will den Vorgaben durch zahlreiche Maßnahmen gerecht werden. Dafür verdient sie Lob. Das „Zukunftspaket“ – so der offizielle Name – hätte beträchtliche Auswirkungen auf den Budgetsaldo des Staates (Tabelle).



Dr. Alfred Boss, Institut für Weltwirtschaft, Kiel

Ausgangspunkt der Planung ist eine strukturelle Nettokreditaufnahme des Bundes in Höhe von 53,2 Milliarden Euro im Jahr 2010. Diese muss je Jahr um 7,2 Milliarden Euro verringert werden, damit 2016 der Zielwert erreicht wird.

Er beträgt zehn Milliarden Euro, dies entspricht 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes.

Die Verwaltungsausgaben des Bundes und einzelne Sozialleistungen (z. B. das Elterngeld und der befristete Zuschlag zum Arbeitslosengeld II) sollen reduziert werden. Auch bei den arbeitsmarktpolitisch motivierten Ausgaben (des Bundes sowie der Bundesagentur für Arbeit) sowie bei „disponiblen“ Ausgaben des Bundes sind Kürzungen geplant; Details der Pläne stehen aber noch nicht fest. Zudem sollen die Steuereinnahmen des Bundes kräftig erhöht werden; vorgesehen sind die Einführung einer Luftverkehrssteuer und einer Steuer auf Kernbrennstoffe sowie die Reduktion der Energie- und Stromsteuervergünstigung für produzierende Unternehmen. Hinzu kommen viele andere Maßnahmen. Es ist zwar zu vermuten, dass die beschlossenen Ausgabenkürzungen und Ab-

gabenerhöhungen im Verlauf des Gesetzgebungsprozesses modifiziert werden; so wird die Begünstigung energieintensiv produzierender Unternehmen wohl weniger stark als zunächst geplant verringert, zur Kompensation der Mindereinnahmen dürfte die Tabaksteuer erhöht werden. Das mit dem „Zukunftspaket“ angestrebte Konsolidierungsvolumen wird aber im Jahr 2011 wohl in etwa erreicht werden.

Anders stellt sich die Lage für die Jahre 2012 bis 2014 dar. Für diese Jahre sind zusätzliche Maßnahmen vorgesehen; insgesamt soll der Budgetsaldo des Staates in den Jahren 2012 bis 2014 – im Vergleich zum Jahr 2011 – um fünf, zehn bzw. 13 Milliarden Euro erhöht werden. Die Maßnahmen (wie z. B. die Eingriffe in die Leistungen bei Arbeitslosigkeit) sind aber zu einem großen Teil nicht konkretisiert. Die Finanzmarkttransaktionssteuer wird wohl nicht eingeführt werden, weil andere Länder diese Steuer nicht erheben wollen und ein Alleingang Deutschlands finanzielle Nachteile im Standortwettbewerb brächte. Für das Jahr 2014 ist sogar eine „globale Minderausgabe“ in Höhe von gut fünf Milliarden Euro veranschlagt; offenbar ging der Politik die Einsparfantasie aus. Das „Zukunftspaket“ reicht nicht aus, um den geforderten Rückgang der strukturellen Nettokreditaufnahme um 29 Milliarden Euro im Zeitraum 2011 bis 2014 zu gewährleisten und damit das Zwischenziel auf dem Weg zu einem strukturellen Defizit in Höhe von zehn Milliarden Euro im Jahr 2016 zu erreichen.

Zudem enthält das „Zukunftspaket“ zu einem beträchtlichen Teil Steuererhöhungen und nicht nur Ausgabenkürzungen. Das Haushaltsbegleitgesetz 2011 beinhaltet, was den Einfluss auf das Budget des Staates insgesamt im Jahr 2011 betrifft, sogar zu 50 Prozent Abgabenerhöhungen. Steuererhöhungen

sind aber schädlich, weil sie Wachstum und Beschäftigung negativ beeinträchtigen. Ferner entlastet das Streichen der Rentenversicherungsbeiträge, die der Bund für Empfänger des Arbeitslosengeldes II zahlt, zwar den Bund, belastet aber die gesetzliche Rentenversicherung. Erst mittel- und langfristig „spart“ der Staat Ausgaben dadurch, dass die Rentenansprüche der betroffenen Leistungsempfänger kleiner sein werden als sonst. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass dies aufgrund von entstehender Bedürftigkeit zusätzliche Ausgaben der Gemeinden im Rahmen der Grundsicherung im Alter auslösen wird. Die Subventionen des Bundes blieben bei den bisherigen Entscheidungen weitgehend unangetastet.

Die von vornherein geringe Kürzung der Energiesteuervergünstigungen wurde inzwischen sogar reduziert – wohl „zugunsten“ einer weiteren Steuererhöhung, nämlich einer Anhebung der Tabaksteuer. Die Einführung einer Luftverkehrssteuer mag man freilich als Ersatz für das Kürzen der Steuervergünstigung beim Kerosinverbrauch werten, einer Steuervergünstigung, die aufgrund internationaler Vereinbarungen nicht im Alleingang korrigiert werden kann. Es kommt jetzt darauf an, den Subventionsabbau ernsthaft in Angriff zu nehmen. Wann, wenn nicht jetzt im kräftigen Aufschwung, sollen Subventionen gekürzt werden?

Das „Zukunftspaket“ – Auswirkungen auf den Budgetsaldo des Staates (Mio. Euro)

	2011	2012	2013	2014
<b>Anhebung der Einnahmen</b>				
Einführung einer Luftverkehrssteuer	1.000	1.000	1.000	1.000
Einführung einer Kernbrennstoffsteuer	2.300	2.300	2.300	2.300
Einführung einer Finanzmarkttransaktionssteuer	0	2.000	2.000	2.000
Kürzung von Energie- und Stromsteuervergünstigungen	1.340	1.160	1.500	1.500
Verpflichtung der Deutschen Bahn AG zur Auszahlung einer Dividende	500	500	500	500
Änderung der Insolvenzordnung	345	390	390	390
<b>Zusammen</b>	<b>5.485</b>	<b>7.350</b>	<b>7.690</b>	<b>7.690</b>
<b>Kürzung der Ausgaben</b>				
Reduktion des Elterngeldes	155	155	155	155
Anrechnung des Elterngeldes auf Ansprüche auf Arbeitslosengeld II	500	500	490	460
Wegfall des befristeten Zuschlags beim Übergang zum Arbeitslosengeld II	210	210	210	200
Wegfall des Heizkostenzuschusses beim Wohngeld	140	260	260	260
Änderungen beim Arbeitslosengeld II und bei den Leistungen der Bundesagentur für Arbeit	2.000	4.000	6.500	8.000
Kürzungen „disponibler“ Ausgaben	1.500	2.500	3.100	3.100
Kürzung der Verwaltungsausgaben	800	800	800	800
Kürzung der Militärausgaben	0	0	1.000	3.000
Sonstiges <sup>a)</sup>	100	100	200	0
<b>Zusammen</b>	<b>5.405</b>	<b>8.525</b>	<b>12.715</b>	<b>15.975</b>
<b>Einnahmeerhöhung und Ausgabenkürzung zusammen</b>	<b>10.890</b>	<b>15.875</b>	<b>20.405</b>	<b>23.665</b>
darunter: Auswirkungen auf den Budgetsaldo der Länder und der Gemeinden	274	355	355	345
<b>Verbleibendes strukturelles Defizit</b>	<b>45.800</b>	<b>39.000</b>	<b>32.100</b>	<b>25.100</b>

a) Ohne eingesparte Zinsausgabe.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen; eigene Berechnung.

## ➤ RETTUNGSSCHIRME ZUKLAPPEN – TEMPO FÜR SPARKURS AUFNEHMEN

*Bundesbankpräsident Prof. Dr. Axel Weber wirbt auf der „VIII. Ludwig-Erhard-Lecture“ der INSM für harten Sparkurs auf internationaler und nationaler Ebene*



Ludwig Erhard

Das Motto der „VIII. Ludwig-Erhard-Lecture“ mit Prof. Dr. Axel Weber.

Rund 200 Gäste aus Politik und Wirtschaft besuchten am 14. Oktober die VIII. Ludwig-Erhard-Lecture der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM).

„Konsolidierung ist jetzt Pflicht“, forderte Bundesbankpräsident Prof. Dr. Axel Weber – in Anlehnung an den „Vater des Wirtschaftswunders“. Hauptthema des obersten deutschen Währungshüters: Bedingungen für eine solide Finanz- und Haushaltspolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Dabei schreckte Weber auch vor „manchem vielleicht unbequemen Ratschlag“ nicht zurück. Seine Hauptforderungen: langfristige Regelwerke statt kurzfristiger Notbeatmung auf internationalem Parkett. In der Finanzkrise geschnürte, milliardenschwere Hilfspakete – wie für Griechenland – dürfen demnach nur noch bei akuter „Ansteckungsgefahr“ per Rettungsschirm verteilt werden. Stattdessen sei auf EU-Ebene Bodenhaftung über langfristig angelegte Umschuldungsverfahren gefragt – inklusive wirksamer Sanktionen bei Überschreitung von Schuldengrenzen. Einfaches wie einleuchtendes Prinzip sei dabei der Maastricht-Vertrag, nach dem kein Euro-Land für ein anderes haften soll.



Auf nationaler Ebene forderte Weber: Konsequenter Sparkurs ohne Subventionsumwege und investitionspolitische Geisterfahrten. So müsse auch Deutschland die Reißleine mit dem Ziel ausgeglichener öffentlicher Haushalte ziehen und den Sparkurs vor der eigenen Haustür fortführen. Flankiert durch die aktuell günstigen Konjunkturdaten sieht der Bundesbankpräsident echte Chancen, den Bundeshaushalt schon deutlich vor 2016 vollständig auszugleichen. Wenn die Politik jetzt noch konsequenter spare, könne ein Haushaltsausgleich bereits 2014 möglich sein.



Oberes Bild: Prof. Dr. Axel Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank: „Konsolidierung ist jetzt Pflicht!“

Unteres Bild: Prof. Dr. Hans Tietmeyer (INSM), Prof. Dr. Axel Weber (Bundesbank), Hubertus Pellengahr (INSM), Dr. Manfred Schäfers (F.A.Z.; v.l.n.r.)



## ➤ SCHÄUBLE: „KONSOLIDIERUNG KONSEQUENT FORTSETZEN“

*Bundesfinanzminister auf dem Hauptstadtforum von DIE WELT und INSM am 8. November 2010*

„Steigende Steuereinnahmen gehören nicht der Politik. Jeder Cent wurde hart erarbeitet und gehört in die Senkung staatlicher Kreditaufnahme“, proklamierte Hubertus Pellengahr, Geschäftsführer der INSM, in seinem Impulsreferat beim Hauptstadtforum im Axel-Springer-Haus. Unterstützung signalisierte er vor etwa 200 geladenen Gästen für den Konsolidierungskurs von Bundes-

finanzminister Dr. Wolfgang Schäuble: „Der Kurs stimmt. Jetzt gilt es, die Segel richtig zu setzen, um Vortrieb zu bekommen.“

Schäuble betonte: Noch immer müsse der Staat enorm hohe Kredite aufnehmen. „Wir machen in diesem Jahr etwa 50 Milliarden Euro neue Schulden. Inzwischen ist die Koalition einvernehmlich und ohne jeden Zweifel auf der Position: Die



Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister für Finanzen, referierte über Wege aus der Schuldenfalle.

Rückführung der zu hohen Neuverschuldung hat Priorität“. Mit dem Sparpaket der Bundesregierung sei ein erster kraftvoller Einstieg gelungen.

Ein Drittel des sogenannten Zukunftspaketes besteht nicht aus Ausgabenkürzungen, sondern aus neuen und erhöhten Steuern. Schäuble erklärte dazu: „Die Vorstellung, dass man die Konsolidierung nur auf der Ausgabenseite leisten kann, ist nicht realistisch.“ Zu der vielfach geforderten Vereinfachung des Steuersystems sagte er: „Erste Reformschritte bei der Einkommensteuer sollten bereits 2011 durchgesetzt werden.“ Hier sei der Spielraum aber mit einer halben Milliarde Euro sehr gering. Mehr Geld könne angesichts der noch immer hohen Neuverschuldung dafür nicht aufgewendet werden.

Zur Frage der Konsolidierung kommunaler Finanzen verteidigte Schäuble seine Initiative für ein kommunales Heberecht auf die Einkommensteuer. Eine parallele Abschaffung der Gewerbesteuer sei derzeit „politisch nicht durchsetzbar“. Kommunen und Bundesländer leisteten zu viel Widerstand dagegen. „Also fangen wir erst mal an. Sonst passiert nichts“, begründete er seinen Vorstoß. „Wenn wir einen Weg einschlagen, auf dem wir besser die jeweilige Verantwortung für Ausgaben mit der Verantwortung für Einnahmen in Übereinstimmung bringen, dann bringen wir die Mechanismen, die die Soziale Marktwirtschaft so überlegen machen, besser zum Tragen“, sagte er.

Prof. Dr. Michael Hüther, Direktor des Instituts der Deutschen Wirtschaft in Köln, stellte in seinem Schlusswort fest: „Die Lehre aus der Finanzkrise ist, dass die Illusion von einer effektiven Kon-



Dr. Wolfgang Schäuble und Hubertus Pellengahr

junkturpolitik im normalen Zyklus in das Archiv gehört. Wir sind nicht in der Lage, mit der Finanzpolitik die normale konjunkturelle Wendung zu kompensieren“, so Hüther. Die Väter der „Freiburger Schule“ hätten international koordinierte Finanzmärkte noch gar nicht gekannt. Deshalb müssten die ordnungspolitischen Grundlagen von der Wissenschaft an dieser Stelle erweitert werden. Im Hinblick auf Basel III stellte er fest: „Starke Regeln sind gut. Aber: Wir brauchen auch diejenigen, der die Regeln umsetzt.“ Hüther forderte hierzu eine unabhängige, kompetente und handlungsfähige Finanzaufsicht. Nach dem Vorbild der Monopolkommission solle die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) ein wissenschaftliches Beratungsgremium zur Seite gestellt bekommen.

## WEITERE VERÖFFENTLICHUNGEN



### Texte zur Sozialen Marktwirtschaft

Heft 4, Oktober 2010

Dr. Joachim Ragnitz, Robert Lehmann, Michaela May

#### **Bilanz – 20 Jahre Deutsche Einheit**

Mit einer Einleitung von Prof. Dr. Hans Tietmeyer



### Texte zur Sozialen Marktwirtschaft

Heft 3, September 2010

Ralph Brügelmann, Dr. Rolf Kroker

#### **Haushaltskonsolidierung**

Argumente für eine Begrenzung staatlicher Defizite und Schulden



### Texte zur Sozialen Marktwirtschaft

Heft 2, August 2010

Prof. Dr. Christoph Kaserer

#### **Staatliche Hilfen für Banken und ihre Kosten**

Notwendigkeit und Merkmale einer Ausstiegsstrategie



### Texte zur Sozialen Marktwirtschaft

Heft 1, August 2010

Prof. Dr. Andreas Freytag

#### **Was ist neu an der Neuen Sozialen Marktwirtschaft?**

Eine Agenda



### Studie

April 2010

Prof. Dr. Rolf Peffekoven

#### **Zur Reform der Mehrwertsteuer**

Zurück zu einer generellen Konsumbesteuerung



### Weitere Publikationen und Studien unter

[www.insm.de/publikationen](http://www.insm.de/publikationen)

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft – INSM GmbH

Georgenstraße 22

10117 Berlin

### Geschäftsführer:

Hubertus Pellengahr

### Projektleitung:

Marco Mendorf

### Gastautor:

Dr. Alfred Boss

### Kontaktaufnahme:

Telefon: 030 / 27877 - 171

Telefax: 030 / 27877 - 181

E-Mail: [info@in-sm.de](mailto:info@in-sm.de)

**Gestaltung:** Serviceplan Public Opinion GmbH & Co. KG, Berlin

**Druck:** Druckzone GmbH, Cottbus

**Stand:** November 2010

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie finanziert. Sie steht für Freiheit und Verantwortung, Eigentum und Wettbewerb, Haftung und sozialen Ausgleich als Grundvoraussetzungen für mehr Wohlstand und Teilhabechancen.

**INITIATIVE** >  
Neue Soziale Marktwirtschaft

**INSM – Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH**  
Georgenstraße 22 • 10117 Berlin  
Fon: 030 / 27 877-171 • Fax: 030 / 27 877-181  
Mail: [info@insm.de](mailto:info@insm.de) • Web: [www.insm.de](http://www.insm.de)